



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Massow, W. von: Zukunftsfragen des Parlamentarismus

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Zukunftsfragen des Parlamentarismus

Don W. von Massow



Die Schrift des Grafen Albrecht zu Stolberg-Wernigerode über „Eine Reform des preussischen Wahlrechts“, die vor einiger Zeit im Verlag der Grenzboten erschienen ist, hat — soweit ich das feststellen kann — in unserer Tagespresse nur ungenügende Beachtung gefunden. Wer die Gesichtspunkte kennt, nach denen die Frage der Besprechung von Neuerscheinungen in der Regel entschieden wird, und ebenso die Schwierigkeiten, mit denen selbst die größten Zeitungen wegen der Fülle des Stoffes zu kämpfen haben, der wird sich darüber nicht allzu sehr wundern. Zwar hat ein demokratisches Blatt mit großer Fixigkeit und offenbar viel Behagen alle die Stellen der Schrift herausgegriffen, in denen der Sohn des hervorragenden konservativen Parlamentariers und einstigen Reichstagspräsidenten an gewissen konservativen Anschauungen Kritik übt, und darauf ist natürlich von konservativer Seite geantwortet worden. Viel ist dabei nicht herausgekommen. Man scheut sich im allgemeinen, in politischen Fragen allgemeiner und grundlegender Natur ein bißchen mehr in die Tiefe zu gehen, und dabei kommen Schriften solchen Inhalts schlecht weg. Das ist aber kein Beweis dafür, daß sie nicht gelesen werden, und so läßt sich hoffen, daß die Ausführungen des Grafen Stolberg trotzdem ein großes Publikum finden werden.

Grenzboten I 1914

16

Man fängt doch an, Erörterungen, die geeignet sind, das politische Denken anzuregen und zu vertiefen, in weiteren Kreisen mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden als früher.

Wenn ich mich unter diesen Gesichtspunkten mit den positiven Vorschlägen des Grafen Stolberg auseinanderzusetzen habe, so muß ich vor allem möglichst klar darlegen, was mich von ihm trennt. Darauf läßt sich dann am besten das aufbauen, was ich an den Gedankengängen des Verfassers besonders wertvoll und beachtenswert finde. Ich möchte hier mit einem Gleichnis beginnen. Ich habe einmal einen Erfinder kennen gelernt, der behauptete, er habe das Problem des lenkbaren Luftschiffes früher gelöst als Graf Zeppelin, und zwar schon zu einer Zeit, als man noch, sobald jemand nur von dem Problem sprach, geneigt war, sich nach einem Transportwagen zum nächsten Sanatorium umzusehen.

Wie weit der Mann recht hatte, kann ich nicht beurteilen; ich weiß nur noch, daß er mit großem Eifer die Ausführbarkeit seines Projektes und die Richtigkeit seiner Berechnungen zu verteidigen wußte. Auf die Frage, warum die Sache nicht schon ausgeführt sei, erwiderte er: es hänge nur noch an einer Kleinigkeit, der Motor sei zu schwer. Ich erwähne das nicht, um den Mann zu verspotten; jeder Techniker weiß, daß das sehr ernsthaft war. Aber was jenem Erfinder begegnete, wiederholt sich bei mancher Idee, die an sich den richtigen Weg weist, — nur der Motor ist zu schwer! Graf Stolberg unterschätzt das Schwergewicht des Bestehenden. Er fühlt das wohl, wie seine Beweisführung deutlich erkennen läßt, aber er stößt die Hindernisse etwas gewaltsam beiseite, um zunächst einmal mit aller Energie seine Idee deutlich und klar herauszuarbeiten.

Ich höre hier den eigentlichen Einwand, vielleicht nicht des Verfassers, aber manches Lesers: Ja, soll denn eine Sache, die an sich vernünftig und gut ist, nur um des Bestehenden willen unterbleiben? Muß das Unvernünftige, bereits als Irrtum Erkannte durchaus die Oberhand behalten? Soll es immer heißen: Unsinn, du siegst? Ich antworte: So nicht! Man soll keineswegs vor dem Bestehenden Halt machen, wenn es wert ist, daß es zugrunde geht. Nur soll man wissen, daß das Bestehende nicht ein Objekt ist, das man nach Belieben aus dem Wege stellen kann, sondern eine Summe von immerhin noch lebendigen Willenskräften, die wir unter Umständen zu bekämpfen haben. Jeder Kampf aber setzt, wenn er gelingen soll, den Gebrauch geeigneter und genügend starker Mittel voraus, nicht nur die logische Richtigkeit der Idee. Ein Feldherr kann

im Hinblick auf das Ziel des Feldzugs vollkommen recht haben, wenn er bestrebt ist, sich vor allem in den Besitz einer großen Festung des Gegners zu setzen; aber wenn er nicht genug Belagerungsgeschütz hat und dadurch die Verfügung über Truppen preisgibt, die er anderweit notwendig braucht, dann muß er die Sache trotz alledem anders anfangen.

In der Politik gilt der Satz, daß eine Sache richtig und gut gedacht und doch nicht ausführbar sein kann, um so mehr, als es hier keine absolute Wahrheit gibt, sondern höchstens eine Resultante aus verschiedenen Kräften, von denen jede einzelne den Weg zur Wahrheit zu zeigen glaubt. Die politische Entwicklung hat in dieser Beziehung die Eigenschaften eines Organismus; man kann ihr nicht in beliebiger Weise Gewalt antun, sondern muß gewisse Grenzen innehalten, so wie auch der geschickteste Chirurg einem Menschen nicht den Kopf abschneiden und ihn durch einen anderen ersetzen kann.

Auch hinsichtlich der Anknüpfung an die Ideen des Freiherrn vom Stein drängt sich ein Bedenken auf, sobald man die Frage der Ausführbarkeit aufwirft. Das Hindernis, das dazwischen steht, läßt sich sehr kurz durch die vier Ziffern einer Jahreszahl bezeichnen; diese Zahl heißt 1848! Es scheint mir charakteristisch, daß in der ganzen Schrift des Grafen Stolberg die deutsche Revolution mit keinem Worte erwähnt wird. Es ist zu verstehen, daß ein in konservativen Anschauungen aufgewachsener Mann vielleicht eine sehr geringe Meinung von den Führern dieser Bewegung hat, aber das historische Ereignis in seiner Gesamtheit mit seinen Folgen von der Tafel wegzuwischen, ist unmöglich und kann nur die Wirkung haben, daß die ganze preußische Geschichte seit dem Ende des Vereinigten Landtags unter einen nicht richtigen Gesichtswinkel gesehen wird. Mein Einwand richtet sich also gegen die Unterschätzung der großen Verschiebung, die die Grundlagen des innerpolitischen Lebens in Preußen um die Mitte des vorigen Jahrhunderts erfahren haben.

Endlich muß noch ein Weiteres erwähnt werden. Graf Stolberg übergeht zwar in seiner Auseinandersetzung nicht ganz die Unterschiede der Parteien, und seine Meinung scheint zu sein, daß durch sein Wahlsystem die Gruppierung nach Parteien in der Volksvertretung des Gesamtstaats nicht berührt wird. Wird die Form des politischen Lebens ganz auf eine Interessenvertretung eingestellt, so werden die alten Parteiunterschiede dadurch nicht beseitigt, sondern nur in ihrem Charakter verändert. Die alten Parteien werden gezwungen, die Rollen von Interessenvertretungen zu übernehmen oder wenigstens darauf hinzustreben. Mancher würde freilich geneigt sein, hierzu die Bemerkung zu machen:

Unsere Parteien sind bereits Interessenverbände, die nur unter falscher Flagge segeln; es kann unserem öffentlichem Leben nur zum Vorteil gereichen, wenn unser Wahlsystem die große Lüge unserer Parteipolitik überflüssig und sinnlos macht und die Parteien deutlicher als das erscheinen läßt, was sie wirklich sind. Ich darf hier nicht zu ausführlich werden und kann daher meinen Widerspruch gegen diese Auffassung nur kurz andeuten. Allerdings wurzeln die Parteiunterschiede ganz vorzugsweise in den Verschiedenheiten der Gesellschaftsgruppen und in deren wirtschaftlichen Ursachen, aber infolge der freieren Gestaltung unserer Gesellschaftsordnung wurzeln sie daneben zu einem wesentlichen Teil auch in Ursachen persönlicher Art, die ganz und gar auf geistigem Gebiet liegen. Die Sonderung der Parteien nach politischen Grundanschauungen allgemeiner und idealer Art ist keine Lüge, mit der man treuherzige Idealisten einfängt, oder denen, die sich schämen, einen nackten Klassenegoismus offen zu bekennen, einen geeigneten Vorwand an die Hand gibt; sondern die Parteiideale sind eine in der Menschennatur begründete Notwendigkeit, die sich nicht willkürlich beiseite schieben läßt. Wollte man ein Wahlsystem einführen, das sich ganz und gar auf das Prinzip der Interessenvertretung gründet, so würde, wie schon erwähnt, die Folge sein, daß die Parteien noch mehr als bisher bemüht sein müßten, sich auf Klasseninteressen zu stützen und dem Klassenegoismus den Mantel eines Parteiideals umzuhängen. Damit würde die Lüge nicht beseitigt, es sei denn, daß es gelänge, die Stände vollständig an die Stelle der Parteien zu setzen. Das könnte aber nur die Frucht einer längeren Entwicklung sein, die nur dann als heilsam angesehen werden könnte, wenn sie eine vollständige Durchdringung der Parteiinteressen und ständischen Interessen zustande brächte. Ob das möglich sein wird, wissen wir noch nicht und können es auch nicht wissen. Aber das scheint mir unzweifelhaft, daß eine Wahlreform — noch dazu eine Wahlreform in einem einzelnen Bundesstaat, und sei es auch der größte und führende, — ein solches Ergebnis nicht herbeiführen kann. Meiner Ansicht nach kann ein Wahlsystem überhaupt nicht die Entwicklung in eine bestimmte Bahn leiten oder Mißstände beseitigen, sondern umgekehrt: eine Wahlreform kann nur dann glücken, wenn die Volksvertretung sich einer unabhängig verlaufenen Entwicklung anpaßt und das Wahlsystem ihr richtiger Ausdruck wird.

Wie man sich die Entwicklung der Parteien im Reich zu denken hätte, falls Preußen sich vorzeitig auf eine Wahlreform im ständischen Sinne festlegte, ist nicht ganz deutlich. Es ist gewiß nicht nötig, daß — wie es ja vielfach gefordert wird — Übereinstimmung zwischen dem preußischen und dem Reichs-

wahlrecht besteht, aber von einem so gänzlichen Auseinanderlaufen der Grundlinien des politischen Lebens kann man sich schwer eine Vorstellung machen. Mindestens würde die Politik dadurch zu einer verwickelteren Sache gemacht werden, als sie es ohnehin schon ist. Aber das mag immerhin noch als einer der geringsten Einwände gelten.

Nach dem bisher Gesagten könnte es scheinen, als sei ich ein so entschiedener Gegner der Vorschläge des Grafen Stolberg, daß kaum noch Berührungspunkte übrig bleiben. Daß das meine Meinung nicht ist, habe ich durch die Wahl des Gleichnisses angedeutet, mit dem ich den ersten der hier erhobenen Einwände eingeleitet habe. Das Flugproblem ist gelöst, nachdem die Automobiltechnik geeignete Motoren hergestellt hatte, mit anderen Worten: nachdem viele auf dem Gebiet der gesamten Technik tätige Kräfte zusammengewirkt hatten, um die im Prinzip richtige Lösung auch zu einer ausführbaren zu machen. Beides deckt sich von vornherein nicht. Aber es ist keineswegs unwesentlich, ob — abgesehen von den Verbindungen der praktischen Ausführbarkeit — der zur Lösung führende Weg rechtzeitig und richtig erkannt wird oder nicht. In dieser Beziehung ist jeder Versuch und jede Anregung nützlich und wichtig, wodurch die Erkenntnis der wahren Schwierigkeiten des Problems gefördert, dieses selbst scharf formuliert und vor allem auf brauchbare Grundlagen gestellt, auf geeignete Ausgangspunkte hingeführt wird. Darin erkenne ich das Hauptverdienst der Schrift des Grafen Stolberg. In einer Zeit, die ganz unter der Herrschaft des Schlagwortes steht, ist es wertvoll, daß zunächst einmal einzelne den Mut finden, Begriffe richtigzustellen, die die meisten als Kennzeichen einer längst versunkenen und verklungenen Zeit betrachten, ohne ihre Bedeutung recht zu prüfen und vor allem ohne zu wissen, daß diese Begriffe sich ohne unser Zutun vor unseren Augen umgestalten und mit neuem Inhalt füllen. Ein solcher Begriff ist der der „Stände“, ein Wort, bei dessen Klang unseren Zeitgenossen sogleich das sogenannte „finstere“ Mittelalter mit allem Zubehör vor dem geistigen Auge aufsteigt. Und wenn es nicht das Mittelalter ist, so doch die „vormärzliche“ Zeit, die den Menschen unserer Zeit beinahe den gleichen Schauer erregt als eine Zeit der Enge, der Beschränkung, der Rückständigkeit. Darüber verschließt fast jedermann die Augen vor der Tatsache, daß wir mitten in einer neuen ständischen Entwicklung drinstehen.

Natürlich sind es nicht die alten „Stände“ in ihrer Starrheit, Abgeschlossenheit und Enge, in ihrer Anlehnung an einen Ursprung, der auf überwundene, sinnlos gewordene Lebensordnungen einer früheren Zeit hindeutet. Aber überall

begegnen wir dem Streben der verschiedenen Erwerbsgruppen, sich zu organisieren und das richtige Verhältnis zur Allgemeinheit, vor allem zum Staat, zu gewinnen. Wenn wir auch längst noch nicht so weit sind, daß wir alle Folgeerscheinungen dieses Bestrebens übersehen könnten, so müssen wir doch allmählich anfangen, damit als mit politischen Realitäten zu rechnen. Neben diesem Problem öffnet sich das andere, das des Parlamentarismus, wobei zu bemerken ist, daß dieses Wort ja leider in zwei verschiedenen Bedeutungen gebraucht wird und daß hier von dem Parlamentarismus als der Einrichtung, durch die die Mitwirkung einer Volksvertretung an der Staatsleitung im allgemeinen begründet wird, die Rede sein soll, nicht von dem Parlamentarismus im Sinne von Parlamentsherrschaft. Es ist nicht zu leugnen, daß, so verschieden auch die Beweggründe sein mögen, die Freude an unserem parlamentarischen Leben in allen Parteilagern immer geringer wird. Auf der einen Seite möchte man die Befugnisse des Parlaments vermehren, um aus dem Tiefstand herauszukommen; auf der anderen Seite findet man, daß dieser Tiefstand deutlich darauf hinweise, daß das Parlament zum Tragen einer größeren Machtvollkommenheit und somit auch Verantwortung gar nicht fähig sei. Aber der Tiefstand selbst wird auf beiden Seiten empfunden, wenn auch nicht immer eingestanden. Und dieser Stimmung in den politisch interessierten Kreisen entspricht die zunehmende Gleichgültigkeit in der gesamten Nation, mit Ausnahme der Kreise, die auf den Umsturz der bestehenden Ordnung hoffen und in den parlamentarischen Einrichtungen das einzige Mittel sehen, sich in der gegenwärtigen Ordnung zur Geltung zu bringen. Es hat etwas Tieftrauriges, zu sehen, wie eine Einrichtung, für die eine ganze Generation mit Einsatz ihres Besten als für die notwendigste Grundlage politischer Freiheit gekämpft, deren Gewährung sie als das Morgenrot einer besseren Zeit begrüßt hat, jetzt zusehends an Ansehen verliert. Schon macht sich die Frage stärker vernehmlich: Wo soll das hinaus? Wir brauchen den Parlamentarismus im Sinne einer Mitwirkung des Volkswillens an den öffentlichen Angelegenheiten so notwendig wie die Lebenslust; denn es ist unmöglich, daß ein politisch mündiges Volk von dieser Mitwirkung ausgeschlossen wird. Aber die Form, in der sich jetzt das parlamentarische Leben abspielt, ist auf die Dauer unmöglich. (Schluß folgt)

